

- Einer der Ehepartner wird reich oder findet einen neuen, reicheren Partner;
- außereheliche Affären;
- Differenzen in bezug auf Hausarbeit oder Finanzen;
- Auflösung der Ehe, wenn ein Partner ins Ausland geht. (XNA, 13.5.94)

Während die relativ meisten Scheidungen in den Städten vorkommen dürften, nehmen sie auch auf dem Lande stark zu. So wird von einem Kreis in der Provinz Henan berichtet, in dem 1992 139 Ehen, 1993 bereits 217 Ehen geschieden wurden. Für die ländlichen Gebiete werden folgende Scheidungsgründe angeführt:

- Unüberlegte Heirat, ohne daß sich die Partner lange kennen; häufig ist die Frau schon vor der Ehe schwanger.
- Unter dem Einfluß traditioneller Vorstellungen wollen viele Männer einen männlichen Nachkommen haben und lassen ihre Frau im Stich, wenn sie nur Mädchen geboren hat.
- Eifersucht.
- Spieleidenschaft und Alkoholismus.
- Suche nach einer neuen Frau, insbesondere wenn der Mann zu Reichtum gelangt ist. (Vgl. RMRB, 9.4.94, S.5)
- Arrangierte Ehen, die auf dem Lande wieder verbreitet sind, führen häufig zur Scheidung (XNA, 13.5.94).

Die zitierten Meldungen fußen nicht auf einer wissenschaftlichen Analyse, dennoch zeigen sie gewisse Unterschiede hinsichtlich der Scheidungsgründe im städtischen und ländlichen Bereich. Die angeführten Gründe machen auch deutlich, daß die Ursachen für die Zunahme der Ehescheidungen in dem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel zu sehen sind, der die chinesische Gesellschaft seit Beginn der Reformpolitik erfaßt hat. Galten ehedem Scheidungen als Makel für die Familie und wurden insbesondere geschiedene Frauen gesellschaftlich diskriminiert, scheint man die Auflösung einer Ehe heute etwas unbefangener

zu sehen. Es fällt jedoch auf, daß nicht nur Phänomene einer modernen Gesellschaft, sondern auch das Wiederaufleben traditioneller Phänomene den Schritt zu einer Trennung der Ehepartner begünstigen. Zu ersteren wären zunehmend freiere Beziehungen zwischen den Geschlechtern zu zählen, die zum einen zu vorehelichem Verkehr führen, der zwar offiziell tabu ist, in der Praxis aber schon nicht mehr die Ausnahme zu sein scheint und nicht selten zu Schwangerschaften führt, die wiederum in eine ungewollte Ehe münden. Zum anderen ist die früher von jungen Frauen, zumal verheirateten Frauen geforderte strenge Zurückhaltung im Umgang mit dem anderen Geschlecht heute gelockert, und Frauen begegnen Männern vielfach mit größerer Unbefangenheit, was ggf. Anlaß zu Eifersucht geben kann. Was die traditionellen Phänomene angeht, so sind hier vor allem das Wiederaufleben arrangierter Ehen und die Hochschätzung männlicher Nachkommen zu nennen. -st-

*(18)

Eugenik-Gesetz zurückgestellt?

Aufgrund der massiven Kritik, auf die das geplante Eugenik-Gesetz (vgl. C.a., 1993/12, Ü 20) im In- und Ausland gestoßen ist, scheint die chinesische Regierung das Gesetz zunächst zurückgestellt zu haben. Dies vermutet die *South China Morning Post* in ihrer Ausgabe vom 4.5.94. Nachdem der Gesetzentwurf dem Nationalen Volkskongreß zuerst im Dezember 1993 vorgelegt worden war, ist er bislang nicht vom Ständigen Ausschuß des NVK diskutiert worden, und es soll unwahrscheinlich sein, daß er in diesem Jahr noch auf die Tagesordnung kommt. Einem NVK-Sprecher zufolge könnte dies nur der Fall sein, wenn in dem dichten Terminplan des NVK bzw. seines Ständigen Ausschusses eine Lücke entstehe. Stein des Anstoßes westlicher Kritiker an dem Gesetzentwurf war die Absicht, bei Frauen mit erblich bedingten geistigen und körperlichen Defekten Zwangssterilisationen vorzunehmen. Das Ministerium für öffentliche Gesundheit bestritt zwar jeglichen Zwang, doch soll der Gesetzentwurf daraufhin abgemildert worden sein. Nun ist keine Rede mehr von minderwertigen Geburten und Eugenik, sondern es werden die positiven Aspekte zum Schutz der Gesundheit von Mutter und Kind betont.

Kritik kommt allerdings auch aus China selbst. Dem Bericht der SCMP zufolge soll der Gesetzentwurf wegen anhaltender Kritik von seiten der Staatlichen Familienplanungskommission zurückgestellt worden sein. Auf der einen Seite ist die Kommission besorgt, daß das internationale Ansehen Chinas leiden könne, auf der anderen Seite befürchtet sie, daß das geplante Gesetz eine zu große Arbeitsbelastung für sie bedeute, ohne daß zusätzliche Mittel bewilligt würden.

Ungeachtet der Tatsache, daß das Gesetz noch nicht verabschiedet ist, wird Eugenik in ganz China von den lokalen Regierungen praktiziert. Dies ist insbesondere in armen Provinzen der Fall, wie z.B. Gansu, das 1989 ein eigenes Eugenik-Gesetz verabschiedet hat. Die unterentwickelten Provinzen handeln vielfach aus Not, weil sie nicht über die Mittel verfügen, die geistig und körperlich Behinderten angemessen zu behandeln. Im ersten Jahr nach Verabschiedung der gesetzlichen Regelung sollen in Gansu 1.000 Personen, die von Geburt an zurückgeblieben und einen IQ von weniger als 49 hatten, sterilisiert worden sein. (Ebd.)

Experten beurteilen diese Entwicklung mit Sorge. Sie hielten es für besser, wenn die Regierung das geplante Eugenik-Gesetz verabschiedete, weil die Lage für die geistig und körperlich Behinderten ohne ein solches Gesetz viel problematischer sei. Nur mit einer zentralen gesetzlichen Regelung könne verhindert werden, daß die Eugenikarbeit in den Händen schlecht ausgebildeter und rabiat vorgehender Lokalbeamten läge. (Ebd.) Die Meinung der Experten zeigt, daß das Problem nicht einseitig von einer festen Grundposition aus zu betrachten ist. -st-

Außenwirtschaft

*(19)

Außenhandelsgesetz verabschiedet

Anfang Mai wurde ein Außenhandelsgesetz verabschiedet, das zum 1. Juli d.J. in Kraft treten wird. Das Außenhandelsgesetz spezifiziert u.a. welche Bedingungen ein Unternehmen erfüllen muß, um offiziell eine Lizenz zum Außenhandel zu erhalten. (Kap. II,

Art.9) Obwohl der Im- und Export von Waren und Technologie generell ohne Beschränkungen erlaubt wird, sieht das Gesetz jedoch eine Reihe von Ausnahmen vor, die durch andere Gesetze und Verordnungen geregelt werden sollen. (Kap. III)

Im- und Exporte können dann beschränkt werden, wenn (Art.16)

- dies die staatliche Sicherheit erfordert oder im öffentlichen Interesse ist und
- soweit dies im Rahmen der internationalen Verträge oder Abkommen vorgesehen ist, die China unterzeichnet hat bzw. denen China beigetreten ist.

Exportbeschränkungen können verhängt werden, wenn

- die Exportgüter im Inland knapp sind oder wenn nicht erneuerbare Ressourcen geschützt werden müssen,
- die Fähigkeit eines Landes/einer Region zur Aufnahme von Exportwaren/Technologien begrenzt ist oder
- die Exportgüter/Technologien für den Aufbau und die schnellere Entwicklung einer bestimmten Industriebranche in China notwendig sind.

Importbeschränkungen

- können soweit erforderlich für landwirtschaftliche Anbauprodukte, für Viehzucht- oder Fischzuchtprodukte in jeglicher Form durchgesetzt werden sowie
- für Güter/Technologien, wenn dies die Sicherung des finanziellen Status innerhalb der internationalen Gemeinschaft oder die Außenhandelsbilanz erfordert.

Im Art. 18 wird darauf verwiesen, daß entsprechende Listen der Güter/Technologien aufzustellen und zu veröffentlichen sind. Allerdings können nach Genehmigung durch den Staatsrat auch zeitlich befristete Beschränkungen von Im- oder Exporten für Güter/Technologien durchgesetzt werden, die nicht auf der Liste enthalten sind, jedoch unter die allgemeinen Regeln der Art. 16 sowie Art. 17 (Im- und Exportverbote) fallen.

Zur Kontrolle der Güter, die Im- oder Exportbeschränkungen unterliegen, werden Quoten und Lizenzen eingesetzt, und für Technologien, die Im- oder Exportbeschränkungen unterliegen, gilt ein Lizenzverfahren (Art. 19).

Das Außenhandelsgesetz enthält ebenfalls einen Abschnitt zum Thema Dienstleistungen (Kap. IV). Auch hier gelten Beschränkungen, soweit die staatliche Sicherheit oder öffentliches Interesse betroffen sind und dies dem Schutz der natürlichen Umwelt dient. Außerdem werden ausländische Dienstleistungen Einschränkungen unterworfen, um den Aufbau oder die Beschleunigung inländischer Dienstleistungsbereiche zu schützen, um eine ausgeglichene Handelsbilanz zu gewährleisten und immer dann, wenn andere Gesetze oder Bestimmungen dies notwendig machen.

Das Kap. V enthält Bestimmungen, die mit Blick auf den GATT-Beitritt von besonderer Bedeutung sind. Hierzu zählen u.a. Verbote (Art. 17) wie

- Fälschung oder Veränderung von Ursprungszeugnissen oder von Lizenzen,
- Verstoß gegen die Copyright-Bestimmungen und
- unlautere Wettbewerbsmethoden,

die nach den Ausführungen in Kap. VII als kriminelle Delikte verfolgt werden sollen.

Das Gesetz nennt außerdem als Instrumente der Außenhandelsförderung Im- und Exportkredite, Steuerrückstattung für Exporte und andere nicht näher spezifizierte Mittel. ("Foreign Trade Law", Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 12.5.94, nach SWB, 14.5.94)

Das neue Gesetz soll zur Transparenz und zur Durchsetzung einer landesweit einheitlichen Handelspolitik beitragen. Dies sind Forderungen, die China für den GATT-Beitritt erfüllen muß. MOFTEC-Ministerin Wu Yi kommentierte das Außenhandelsgesetz als den Beweis, daß China bereit sei, das eigene Außenhandelssystem der internationalen Praxis anzupassen. Mit dem neuen Gesetz, so Wu Yi, habe eine einheitliche, faire und liberale Handelspolitik Gestalt angenommen.

Das Außenhandelsgesetz lege u.a. fest, daß Beschränkungen bei Im- oder Exporten von Waren und Technologie nur in Übereinstimmung mit den GATT-Regeln erfolgen dürften, der Schutz der inländischen Industrie durch internationale übliche Praktiken wie Anti-Dumping oder andere Schutzklauseln zu erfolgen habe und keine Subventionen an Außenhandelsunternehmen fließen dürften.

Ministerin Wu Yi begründete die Fortsetzung der Praxis der Lizenzvergabe für Unternehmen im Außenhandel damit, daß ein Chaos im Außenhandel vermieden werden soll. Obwohl das staatliche Außenhandelsmonopol aufgebrochen wäre und inzwischen 7.000 Unternehmen im Außenhandel zugelassen seien, müsse das System der Genehmigungen von Unternehmen im Außenhandel fortgesetzt werden. In den vergangenen Jahren hätten Unternehmen die Entwicklung des Außenhandels behindert, indem sie beispielsweise Produkte minderer Qualität zu extrem niedrigen Preisen ins Ausland verkauft hätten. (*China Daily, Business Weekly*, 15.-21.5.94, S.1)

In einer kritischen Stellungnahme kommt das *Handelsblatt* vom 27./28.5.94 zu dem Schluß, daß das Außenhandelsgesetz weder den freien Marktzugang noch die ungehinderte Wirtschaftsentfaltung für ausländische Unternehmen in China sichere, sondern vielmehr gesetzliche Hürden für den Markteintritt aufbaue.

Mit Blick auf das Außenhandelsgesetz erklärte der GATT-Generalsekretär Sutherland, daß die Verabschiedung des neuen Gesetzes als ein positiver Faktor in den Beitrittsverhandlungen wirken wird. Gerade die Frage der Transparenz des Außenhandelssystems, der Konsistenz der Außenhandelspolitik sowie Aspekte der Zugangsbeschränkungen durch Importquoten und -lizenzen ständen im Mittelpunkt der Verhandlungen. Sutherland zufolge haben die Beitrittsgespräche inzwischen eine kritische Phase erreicht. Wenn China bis Ende 1994 als Vertragspartei in das GATT aufgenommen werden wolle, müßten unbedingt bis Sommer d.J. substantielle Vereinbarungen mit einzelnen Mitgliedsländern erreicht werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 13.5.94, nach SWB, 17.5.94) -schü-

*(20)

USA bewilligen erneut Meistbegünstigung

Ende Mai d.J. hat US-Präsident Clinton der erneuten Verlängerung der Meistbegünstigung um ein weiteres Jahr zugestimmt. Die Entscheidung über die Fortsetzung handelspolitischer Privilegien, die mit der Meistbegünstigung verbunden sind, erfolgte jedoch nicht auf der Basis der ursprünglich vorgegebenen Bedingungen an eine Verbesserung der Menschenrechtssituation. Tatsächlich hat die Drohung der USA, die Meistbegünstigung im Jahre 1994 nur zu erteilen, wenn "sichtbare Fortschritte bei den Menschenrechten" erkennbar wären, nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, daß sich die Situation sogar verschlechtert hätte. (...)

Mit der Abkoppelung der Handelspolitik von ethischen und moralischen Forderungen führte die Clinton-Regierung eine abrupte Kehrtwende in ihrer Haltung gegenüber China durch. Die Entscheidung sei unter Berücksichtigung der nationalen und strategischen Interessen gefallen, hieß es offiziell, während wirtschaftlicher oder politischer Druck keine Rolle gespielt hätten. (FAZ, 28.5.94)

Der China-Lobby in den USA muß jedoch ein besonderer Einfluß zugeschrieben werden. In einer breit angelegten Kampagne wandten sich rd. 800 große Unternehmen und Verbände an Clinton und warnten vor Exporteinbußen und einem Verlust von Arbeitsplätzen, wenn die Meistbegünstigung nicht verlängert würde. (IHT, 7./ 8.5. 94) Der Präsident des *US-China Business Council*, Robert A. Kapp, hatte sogar eine Zahl von 175.000 Arbeitsplätzen genannt, die auf dem Spiel ständen. Außerdem wies er darauf hin, daß bei einer Nicht-Verlängerung für amerikanische Unternehmen bestimmte Aufträge an Mitbewerber aus anderen Ländern fallen und die USA aus dem chinesischen Markt verdrängt würden. (IHT, 21./22.5.94) Zur einflußreichen Lobby zählten außerdem ehemalige hochrangige US-Regierungsvertreter, die heute direkt oder indirekt im China-Geschäft aktiv sind. (FEER, 2.6.94)

Auch die chinesische Seite hatte in den Wochen vor der Entscheidung zunehmenden Druck auf die Clinton-Regie-

rung ausgeübt. So wurde mit Vergeltungsmaßnahmen gedroht, falls die Meistbegünstigung nicht verlängert werde. China sei nicht nur der größte Importeur amerikanischen Weizens, chemischen Düngers und Holz, sondern auch der größte Absatzmarkt für Flugzeuge der Firma Boeing. (*Da Gong Bao*, Hongkong, in Chinese, 11.5.94, nach SWB, 12.5.94) Tatsächlich befanden sich die Gespräche über den Kauf von 50 Boeing-Flugzeugen mit einem Verkaufswert von rd. 5 Mrd.US\$ Ende Mai in ihrem Endstadium. Für Boeing ist der chinesische Markt inzwischen mit einem Anteil von 14% kommerzieller Flugzeugverkäufe von durchaus großer Bedeutung geworden. (ASWJ, 27./28.5.94)

Die einzige Auflage, unter der China nunmehr für ein weiteres Jahr die Meistbegünstigung erhalten hat, ist das Verbot von Waffenimporten der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Bei einem Importvolumen von rd. 100 Mio. US\$ sind diese Importe jedoch von außerordentlich geringer Bedeutung, verglichen mit dem chinesischen Handelsbilanzüberschuß von mehr als 20 Mrd. US\$ im Jahre 1993. (CBR, May-June 1994, S.59; SCMP, 27.5.94)

Mit der vorläufigen Beendigung der Debatte über Menschenrechtskonditionen für den Außenhandel sind die aktuellen Handelskonflikte zwischen China und den USA jedoch keineswegs gelöst. Nach wie vor geht es vor allem um die amerikanische Forderung nach einer stärkeren Öffnung des chinesischen Marktes, um den Schutz von Copyrights und die Zustimmung der USA zum GATT-Beitritt Chinas. -schü-

*(21)

Finanzierung von Infrastrukturprojekten über Wertpapieremissionen

Das Hongkonger Investmentunternehmen Peregrine prognostizierte in einem Mitte Mai d.J. veröffentlichten Bericht, daß China für den geplanten Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Kommunikation, Energie und Transportsysteme bis zum Jahre 2000 ein Investitionsvolumen von 233 Mrd. US\$ benötigen wird. Peregrine geht davon aus, daß eine Finanzierung der Projekte zu rd. 80% durch inländische Spartätigkeit und Emission von Wertpapieren möglich ist. Der restliche Mittelbedarf von rd. 47 Mrd.US\$

könnte durch Plazierung von Renten und Aktien am internationalen Finanzmarkt gedeckt werden. Unter diesen Bedingungen sagt Peregrine voraus, daß diese Finanzierungsarrangements international einen großen Einfluß haben werden und daß Portfolio-Investitionen in China im Jahre 1994 auf 8 Mrd. US\$ steigen werden. Der Anstieg um rd. 3 Mrd.US\$ gegenüber 1993 wird u.a. darauf zurückgeführt, daß die Emission von B-Aktien und H-Aktien chinesischer Unternehmen im Ausland deutlich gestiegen sei.

Als Voraussetzung für die Realisierung von Infrastrukturprojekten über Beteiligung ausländischer Investoren gilt nach Peregrine jedoch, daß Auslandsinvestoren bessere Gewinnmöglichkeiten für ihre Investitionen geboten würden. Eine Beschränkung der Gewinnspannen, wie derzeit bei Energieprojekten diskutiert, wirke abschreckend auf Auslandsinvestoren. Andere Länder, die in direkter Konkurrenz zu China um Auslandskapital ständen wie Vietnam, Indonesien oder Indien würden ausländischen Investoren höhere Gewinne zusichern. Auch ein Ausschluß von Investoren aus bestimmten Bereichen wie beispielsweise beim Betrieb von Telekommunikationssystemen wirke sich negativ auf das Interesse der ausländischen Kapitalanleger aus. (ASWJ, 13./14.5.94; SCMP, 5.5. 94)

Als größte Infrastrukturprojekte in China nennt das *Asian Wall Street Journal* vom 18.4.94:

- den Drei-Schluchten-Staudamm mit seinem Wasserkraftwerk am Yangtze, Hubei Provinz, mit einer geschätzten Investitionssumme zwischen 34-77 Mrd.US\$, abhängig von Annahmen über die Inflations- und Zinsentwicklung. Von einer Fertigstellung des Projektes wird für das Jahr 2013 ausgegangen,
- das Longtan-Wasserkraftwerk in der Autonomen Region Guangxi mit einer Kapazität von sieben Kraftwerkseinheiten zu je 600 Megawatt, geschätzten Investitionskosten von 3,4 Mrd.US\$ und einer angenommenen Fertigstellung im Jahre 2002,
- die Eisenbahnstrecke Beijing-Kowloon mit einer Länge von 2.500 km, geschätzten Kosten von 4 Mrd. US\$ und einer Fertigstellung im Jahre 1996,

- die Expreß-Eisenbahnstrecke Beijing-Shanghai mit einer Länge von 1.300 km und geschätzten Kosten in Höhe von 10 Mrd.US\$,
- die U-Bahn in Guangzhou, Provinz Guangdong, mit einem Streckennetz von 20 km. An diesem Projekt sind vor allem Siemens und Daimler Benz beteiligt,
- das Ligang-Kraftwerk in der Provinz Jiangsu mit geschätzten Investitionskosten von 1,08 Mrd.US\$ und
- die U-Bahn in Shenzhen mit geschätzten Kosten von 1,5 Mrd.US\$ und einer geplanten Fertigstellung bis zum Jahre 1999.

Nach Einschätzung von Peregrine sind für die geplanten Projekte im Kraftwerksbau in den nächsten sechs Jahren allein 66 Mrd.US\$ notwendig. (SCMP, 5.5.94) Mit Blick auf das große Potential von schätzungsweise 30 Kraftwerken pro Jahr planen ausländische Unternehmen, ihr China-Engagement zu verstärken. Nach einem Bericht der *Financial Times* vom 13.5.94 beabsichtigt z.B. ABB (Asea Brown Boveri), in den nächsten vier Jahren rd. 500 Mio. US\$ in China zu investieren. Mit Kapital verschiedener Investmentgesellschaften in Höhe von 3,5 Mrd.US\$ soll der amerikanische Unternehmer Soros auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten in Infrastrukturprojekten im asiatischen Raum, insbesondere in China, sein.

Während beispielsweise ABB als bekanntes Ingenieursunternehmen bereits vier Kraftwerke in China gebaut hat und elf Joint Ventures in China unterhält, gilt als Beispiel für die Finanzierung von Kraftwerksprojekten nach dem BOT-Prinzip nach wie vor nur das Hongkonger Unternehmen Hopewell Holdings. Nach Einschätzung von Gordon Wu von der Hopewell Holding würde eine Beschränkung der Gewinnspannen bei Energieprojekten ausländische Investoren dazu bringen, andere Projekte in Asien auszuwählen, die sich in ausreichender Zahl anbieten würden. Auch ABB bewertet eine mögliche staatliche Beschränkung der Gewinnspannen im Energiesektor als negativ für die Entscheidungen ausländischer Investoren. -schü-

*(22)

Öffnung der Luftfahrtindustrie für Auslandsinvestitionen

Die chinesische Luftfahrtbehörde (CAAC) hat die Öffnung der Luftfahrtindustrie für ausländische Investoren angekündigt, um die Modernisierung der inländischen Fluglinien und Flughafeneinrichtungen zu beschleunigen. Ausländischen Fluggesellschaften soll die Beteiligung an bestehenden inländischen Unternehmen und die Gründung neuer Joint Ventures möglich werden.

Allerdings müssen sich Auslandsinvestoren mit einer Minderheitsbeteiligung zufriedengeben. Bei Gemeinschaftsunternehmen im Bereich der Flughafeneinrichtungen wie Landebahnen, Flughafengebäude, Restaurants, Hotels etc. ist eine Beteiligung von höchstens 49% und eine führende Position der chinesischen Unternehmensleitung (*board chairman* und *general manager* sollen Chinesen sein) vorgesehen. In einer Joint Venture-Fluggesellschaft liegt die Beteiligungshöhe sogar nur bei 35%, und die Stimmrechte sind auf 25% beschränkt. Auch in diesen Joint Ventures soll die chinesische Seite die Unternehmenskontrolle wahrnehmen. (CD, 27.5.94)

Der Wirtschaftsboom in China hat den Bedarf an Passagier- und Frachtbeförderungskapazitäten schnell erhöht. Trotz einer Ausweitung des Beförderungsvolumens um jährlich ca. 20% in den letzten fünf Jahren bestehen Engpässe bei der Beförderung, und die Infrastruktur der Flughäfen ist unzureichend. Viele der insgesamt 109 Flughäfen bedürfen der Modernisierung; nur 12 Flughäfen können Großflugzeuge vom Typ Boeing 747 aufnehmen. Zu den weiteren Problemen zählen Flugsicherheit, Verspätungen sowie ein relativ schlechter Service der inzwischen rund 30 inländischen Fluggesellschaften, die mit rund 300 Maschinen 626 innerchinesische Flugrouten bedienen. (AWSJ, 30.5.94; FAZ, 3.5.94)

Gerade die Flugsicherheit auf den inländischen Strecken stellt ein großes Problem dar. Seit April letzten Jahres gab es allein 11 Flugzeugentführungen nach Taiwan; die letzte fand im Februar d.J. statt. Zwischen 1992 und 1993 registrierte die Luftfahrtindustrie außerdem 10 Unfälle, bei denen insgesamt 380 Menschen starben. Hintergrund hierfür war oftmals die Über-

müdung der Piloten, die aufgrund der Personalknappheit das Doppelte der gesetzlich vorgeschriebenen Maximalzeiten pro Monat fliegen mußten. Inzwischen sollen die individuellen Sicherheitskontrollen auf den Flughäfen erhöht und neue Bestimmungen zur Wartung der Flugzeuge festgelegt worden sein. (SCMP, 19.5.94)

Erste sino-australische Gemeinschaftsunternehmen im Wartungsbereich bestehen bereits seit einigen Jahren. Hierzu zählt das deutsch-chinesische Joint Venture Ameco (mit Luft-hansa) in Beijing. In Guangzhou ist Lockheed beteiligt und in Xiamen die Cathay Pacific, Singapore Airlines und Japan Airlines. (FAZ, 3.5.94) Das Interesse asiatischer Fluggesellschaften an einem stärkeren Engagement in China scheint derzeit noch ungewiß zu sein. So berichtet das *Asian Wall Street Journal* am 31.5.94, daß die Cathay Pacific Airways, Singapore Airlines and Japan Airlines eher eine abwartende Haltung einnehmen. -schü-

*(23)

Stärkere Importkontrolle bei Erdölprodukten

Als Maßnahme gegen die "chaotische" Preisentwicklung auf dem Erdölmarkt sollen bestehende Importlizenzen für Erdölprodukte zum 1. Juli eingeschränkt werden. Nur noch die staatlichen Erdöl-Außenhandelsgesellschaften China National Chemicals Import and Export Corp. (Sinochem) und China National United Chemical & Petroleum Co. (Unipecc) sowie China Oil dürfen dann Rohöl importieren, während alle übrigen Unternehmen ihren Importbedarf über diese Gesellschaften abwickeln müssen. Sinochem und Unipecc werden auch die einzigen Lizenzträger für den Import von raffinierten Erdölprodukten sein. Weiterhin soll der Import von Petroleumprodukten zwischen dem 20.5. und 1.7.94 ausgesetzt werden. (IHT, 6.5.94)

Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Preiskontrolle für inländische Erdölprodukte beschlossen. Für Petroleum soll sich der Preis auf 2.415 Yuan/t und für Dieselöl auf 1.900 Yuan/t belaufen; der Benzinpreis wurde auf 2,21 Yuan/l festgelegt. Außerdem wurde den Erdölproduzenten untersagt, den Verkauf von Erdöl selbst durchzuführen und eine zentral geregelte Vermarktung angekündigt. (IHT, 7./8.5.94)

Den entscheidenden Grund für die Rezentralisierung des Erdölmarktes sieht das *Asian Wall Street Journal* in der schwierigen Finanzlage der staatlichen Erdölgesellschaften. Niedrige Weltmarktpreise hätten die Gewinne dieser Unternehmen reduziert, zu höheren Importen und zu einer Einschränkung ihres Marktanteils geführt. Durch das zeitlich befristete Importverbot würde diesen Unternehmen nunmehr die Gelegenheit gegeben, ihre Erdölvorräte zu verkaufen.

Trotzdem wird damit gerechnet, daß auch 1994 die Erdölimporte weiter zunehmen. Bereits 1993 wurde China zum Nettoimporteur von Rohöl, und ca. 10% des inländischen Rohölverbrauchs waren 1993 Importe. Bei einigen Erdölprodukten wie Benzin, Treibstoff für Flugzeuge und Schmierölen bestehen größere Engpässe. (AWSJ, 18.5.94)

Die Maßnahmen zur Kontrolle des Erdölmarktes stellen die Existenz der rd. 200 bis 300 kleineren Unternehmen, die Erdölprodukte importiert und mit einer hohen Gewinnspanne im Inland verkauft haben, in Frage. Direkten Einfluß hatten die Maßnahmen auch auf die Warenterminmärkte, die mit Erdölprodukten handeln. So sollen Termingeschäfte für bestimmte Erdölprodukte in Shanghai und Nanjing vorübergehend ausgesetzt worden sein. (SCMP, 13.5. u. 18.5.94) -schü-

Binnenwirtschaft

*(24)

"Streikgefahr als größtes Problem"

Vor dem Hintergrund der Arbeitsniederlegungen und Proteste der Arbeiter in den letzten Wochen soll ZK-Generalsekretär Jiang Zemin in einer Rede die Streikgefahr als das derzeit größte Problem genannt haben, dem sich China gegenübersteht. Zu den besonderen Gefahren zählte Jiang Zemin im einzelnen:

1. Schwerwiegende Verluste in den staatseigenen Unternehmen führten zu Entlassungen und anschließenden Streiks der Arbeiter in den Städten Wuhan und Shenyang.

2. Die Getreide- und Baumwollernte war nicht befriedigend, eine größere Anbaufläche kultivierbaren Ackerbodens lag brach, und viele jüngere Bauern verließen die ländlichen Gebiete.
3. Der Außenhandel erlitt einen Rückschlag durch Anti-Dumping-Maßnahmen verschiedener Länder.
4. Unter dem starken Zustrom ausländischer Importgüter litt die Entwicklung des Binnenhandels.
5. Die Bevölkerung ist über die Korruption in den Reihen der Kommunistischen Partei unzufrieden.
6. Die Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen sind nicht im Einklang.
7. Die angespannte Situation auf der koreanischen Halbinsel bedroht die Sicherheit Chinas.
8. Die USA und andere westliche Staaten benutzen das Argument der Menschenrechte, um Druck auf China auszuüben.

Zu den größeren Streiks der letzten Wochen zählt beispielsweise die Arbeitsniederlegung von 20.000 Bergarbeitern in Shuangyashan und Jiamusi (Provinz Heilongjiang). In Dalian (Provinz Liaoning) führten 6.900 Arbeiter einen fünftägigen Streik mit der Forderung nach höherer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen durch, und in Zhuhai (Provinz Guangdong) legten 2.000 Beschäftigte die Arbeit nieder, um gegen Lohnreduzierungen zu protestieren. (*Lianhe Bao*, Hongkong, in Chinese, 21.5.94, nach SWB, 24.5.94)

Der Streik der Arbeiter in Dalian Mitte Mai d.J. betraf das japanische Unternehmen Mabuchi Motor Company, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft, und führte dazu, daß die Produktion für zwei Tage völlig unterbrochen wurde. Die Beschäftigten hatten vor dem Hintergrund der Inflationsrate von 20% dagegen protestiert, daß das japanische Unternehmen im April d.J. nur eine Lohnerhöhung um 10% zugestanden hatte. Die Beschäftigten konnten ihre Forderungen mit einer Steigerung der Löhne um 45% weitgehend durchsetzen. (Kyodo News Service, Tokyo, in English, 14.5.94, nach SWB, 17.5.94) -schü-

*(25)

Widersprüchliche Angaben zur Situation der staatseigenen Unternehmen

In den chinesischen und ausländischen Medien kursieren sehr unterschiedliche Daten über die Entwicklung der staatseigenen Unternehmen, so daß eine Einschätzung der tatsächlichen Situation schwierig ist.

Offiziellen chinesischen Statistiken nach betrug die Zahl der staatseigenen Unternehmen, die 1993 Verluste aufwiesen, 11.453, das waren 2.488 mehr als 1992. Bezogen auf die Gesamtzahl der Unternehmen war dies 1993 ein Anteil von 31,8% gegenüber 24,5% im Jahre 1992. Die Höhe der Verluste betrug 1993 31,91 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 2,13 Mrd. Yuan bzw. um 7,2% gegenüber 1992. Einer Untersuchung der Staatlichen Planungskommission und der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission in 2.586 Verlustunternehmen in Shanghai, Shandong, Jilin und fünf anderen Provinzen und Städten zufolge, gingen die Verluste zum überwiegenden Teil (82%) auf das Konto des schlechten Unternehmensmanagements. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 9.3.94, nach SWB, 27.4.94)

Für die ersten vier Monate d.J. berichtet das Staatliche Statistikamt von einer Verschlechterung der Lage einer ganzen Reihe von Unternehmen im Industriesektor. Aufgrund schleppender Verkäufe, steigender Lagerhaltung und Kapitalknappheit hätten die Verluste der Industriebetriebe zugenommen. Derzeit würden 25,7% der Industrieunternehmen und 45% der staatseigenen Unternehmen rote Zahlen schreiben. Verluste der mittelgroßen und kleineren staatseigenen Betriebe beliefen sich Ende März auf 16,6 Mrd. Yuan, dies seien 5,9 Mrd. Yuan mehr als in den vorangegangenen zwei Monaten. Das Statistikamt weist in seinem Bericht auch darauf hin, daß viele staatseigene Unternehmen im direkten Wettbewerb mit Unternehmen anderer Eigentumsformen Probleme hätten, die Zahl der Unternehmen, die ihre Produktion teilweise oder vorübergehend eingestellt hätten, gestiegen sei und einige Unternehmen ihren Beschäftigten keine Löhne hätten zahlen können. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 9.5.94, nach SWB, 11.5.94)